

Hagen, 6. Februar 2026

Koalitionsvertrag von CDU und SPD: Viel Verwaltung, wenig Zukunft

Gemeinsame Stellungnahme des Kreisverbandes und der Ratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hagen

Anfang dieser Woche haben CDU und SPD in Hagen ihren Koalitionsvertrag unter dem Titel „Gemeinsam Hagen gestalten“ präsentiert. Während der Vertrag ausführlich Ordnungspolitik, Verwaltungsabläufe und interne Abstimmungen regelt, bleiben konkrete eigene Ziele für Klimaschutz, Energiewende und Klimaanpassung außen vor. Eine klare Perspektive, wie Hagen sozial gerecht und zukunftsfähig werden soll, erkennen wir nicht. Wie unsere Stadt ihre Lebensgrundlagen sichern und klimaneutral werden kann – darauf bleibt der Vertrag die Antwort schuldig.

„Die Hochwasserkatastrophe 2021, der Tornado 2024 und die zunehmend extremen Hitzesommer zeigen: Hagen ist von den Folgen der Klimakrise massiv betroffen. Umso unverständlich, dass CDU und SPD beim Klimaschutz vor allem auf Bundes- und Landesprogramme setzen, statt eigene Ziele und Maßnahmen für Hagen zu formulieren“, betont Alexandra Gerull, Sprecherin des Kreisverbands Hagen der GRÜNEN und Mitglied der Bezirksvertretung Hohenlimburg.

„Im gesamten Vertrag finden sich kaum verbindliche Aussagen zu Klimaschutz, bezahlbarer und sauberer Energieversorgung oder zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen“, so Gerull weiter. „Dabei ist Umweltpolitik immer auch Sozialpolitik. Steigende Energiekosten, überhitzte Quartiere und fehlende Grünflächen treffen vor allem Menschen mit wenig Einkommen. Wer Klima- und Umweltschutz vernachlässigt, verschärft soziale Ungleichheit.“

Der Vertrag beschränkt sich in zentralen Passagen auf allgemeine Wirtschaftlichkeitsziele und den Abbau von Auflagen im Wohnungsbau. Konkrete Programme für den Schutz vor Hitze und Starkregen, für die Sanierung öffentlicher Gebäude oder für bezahlbare, saubere Energie bleiben dagegen weitgehend aus. Gleichzeitig verspricht die Koalition Haushaltsdisziplin – und plant im selben Vertrag 25 neue Stellen für den Ordnungsdienst. Das kostet viel Geld, löst aber keines der echten Probleme unserer Stadt. Wer Symptome bekämpft statt Ursachen anzugehen, betreibt Symbolpolitik – und dafür hat Hagen weder die Mittel noch die Zeit.

Auch beim Radverkehr setzt die Koalition auf Stillstand statt Fortschritt: Statt das bestehende Radwegekonzept umzusetzen, soll es bis Ende 2027 erst „überarbeitet“ werden. In der Zwischenzeit fehlt die Grundlage für jeden neuen Radweg. Flexible Lösungen wie Pop-up-Radwege werden pauschal ausgeschlossen. Das ist kein Plan für bessere Mobilität – das ist eine Verzögerungstaktik.

Jörg Fritzsche, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im Rat der Stadt Hagen, macht deutlich: „Dieser Koalitionsvertrag ist voller Prüfaufträge und Konzeptbeauftragungen – aber es fehlt eine Zukunftsvision für eine klimagerechte, soziale und lebenswerte Stadt. Wer Verantwortung für die kommenden Jahre übernehmen will, muss sagen, wie Hagen klimaneutral, energieunabhängig und widerstandsfähig werden soll. Diese Antworten bleiben CDU und SPD schuldig.“

Zwar werden im Koalitionsvertrag soziale Themen angesprochen – aber dort, wo es um den Umgang mit Menschen in schwierigen Lebenslagen geht, dominieren eher Pflicht und Kontrolle als Solidarität und Chancen. Nur eine mutigere Sozialpolitik und der Einsatz für echte Teilhabe machen Hagen zu einer besseren Stadt für alle Menschen.

„Hagen braucht mehr als die Verwaltung des Status quo“, erklärt Heike Heuer, Ratsmitglied der GRÜNEN und Mitglied im Infrastrukturausschuss der Stadt Hagen. „Unsere Stadt braucht eine positive, gemeinschaftliche und nachhaltige Entwicklungsperspektive. Stattdessen dominieren Ordnungspolitik und kleinteilige Verwaltungsziele. Das ist für uns ein Zeichen fehlender Prioritäten.“

Zwar sehen wir in Bereichen wie der Digitalisierung, beim Nahverkehr oder in der Ehrenamtsförderung inhaltliche Schnittmengen mit grünen Forderungen für Hagen. Insgesamt aber zeigt dieser Vertrag einen Kompass, der auf Verwaltung und Ordnung zeigt – nicht auf Zukunft.

Jörg Fritzsche betont: „Eine stabile und verlässliche Mehrheit für echte Zukunftspolitik gibt es in Hagen nur mit uns Grünen. Wir stehen für eine Politik, die Klimaschutz, soziale Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung zusammendenkt – nicht gegeneinander ausspielt.“

Wir werden die Arbeit der Koalition kritisch begleiten und uns mit eigenen Initiativen konsequent für Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und eine nachhaltige Stadtentwicklung einsetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kreisverband Hagen

Jan Eckhoff, Kreisgeschäftsführer
kv@gruene-hagen.org
02331 / 333822

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Dr. Anja Latrouite, Fraktionsgeschäftsführerin
fraktion@gruene-hagen.org
02331 / 207-3506